

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 11

Artikel: Diskussion : gelingende Beziehungen versus Gerechtigkeit? Eine falsche Alternative für feministische Politik : zum Politikverständnis von Ina Prätorius und Andrea Günter (NW 5/99, 6/99, 7/8/99) ; Wider die Aufteilung zwischen einer Politik des äusseren ...
Autor: Wilhelm, Dorothee / Praetorius, Ina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gelingende Beziehungen versus Gerechtigkeit? Eine falsche Alternative für feministische Politik

Zum Politikverständnis von Ina Prätorius und Andrea Günter (NW 5/99, 6/99, 7/8/99)

Der Mensch ist nicht zwei.¹ Der Mensch ist *viele*. «Der Mensch» als unterstellte Einheit bleibt ein Suchbegriff: Wer das denn sei, der Mensch, muss ein offener Prozess bleiben, weil wir nicht wissen können, wer sich noch eintragen wird in das Gesamtkonzept «Mensch», mit wem bisher noch nicht gerechnet wurde. «Der Mensch» ist daher unberechenbar viele Einzelne, menschliche Möglichkeiten, von denen nicht eine oder zwei zur Norm erhoben werden können.

«Geschlecht» spielt eine wichtige Rolle, aber in welchem Ensemble es sie jeweils spielt, macht die vielen unterschiedlichen Charaktere aus, die «Geschlecht» annehmen kann. Die Phase, in der die feministische Bewegung das Geschlechterverhältnis quasi zum Hauptwiderspruch erklärt hat, alle anderen Differenzen – besonders die Differenzen zwischen Frauen – zu Nebenwidersprüchen, liegt seit circa 15 Jahren hinter uns. Liegt diese Phase hinter uns?

«Wir wollen kein grösseres Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei»

Eine der virulentesten Debatten unter westlichen akademischen Feministinnen findet aktuell zwischen *Differenztheoretikerinnen* und *Dekonstruktivistinnen* statt. Ina Prätorius und Andrea Günter ordnen sich dabei klar der Differenztheorie zu: «Wer sind wir? Was bedeutet die Geschlechterdifferenz für unser Leben?»² Über dekonstruktivistischen Feminismus sagt Andrea Günter: «Ein grosser Teil der Feministinnen zieht heute alles in Zweifel, sogar die Aussagekraft der <Kategorie Frau> oder der <Kategorie Geschlecht>, also derjenigen Begriffe, die einmal die

Grundlage des Frauenkampfes gebildet haben. Der Unterschied zwischen Kritik und Zweifel ist, dass Kritik immer noch davon ausgeht, etwas wissen zu können, während der Zweifel die Möglichkeit des Wissens selbst auflöst.»³

Das will ich nicht unwidersprochen stehen lassen: Die Differenztheorie ist mehr als in Gefahr, *Geschlechterdualismen* zu zementieren. Bei gleichzeitiger Aufwertung des traditionell als weiblich Erklärten setzen ihre Vertreterinnen Weiblichkeit und Männlichkeit voraus; sie werten sie nur um, statt diese Aufteilung als Teil des Problems zu verstehen: «<Männlichkeit> und <Weiblichkeit> sind historische Geschlechtskrankheiten»⁴, heisst das prägnant bei *Christina Thürmer-Rohr* (im allerdings nicht unproblematischen Bild «Krankheit»). Gegenüber der ahistorischen Sicherheit, was denn weiblich und männlich sei, bevorzuge ich in der Tat den Zweifel an den Kategorien «Frau» und «Geschlecht», die um der kollektiven Handlungsfähigkeit «der Frauen» willen zu oft benutzt worden sind, um zu vereinnahmen und zu nivellieren. Ich komme darauf zurück.

Zweifel löst deshalb m.E. keineswegs «die Möglichkeit des Wissens selbst»⁵ auf, sondern eröffnet allererst die Möglichkeit, das eigene Wissen im Dialog mit anderen Wissen als ein einzelnes und begrenztes zu erkennen. Dazu die feministische Kulturtheoretikerin und Filmemacherin *Christina von Braun*: «Es sollte gelegentlich daran erinnert werden, dass sich das Wort <Zweifel> in allen indoeuropäischen Sprachen vom Wort <Zwei> ableitet, von dem Begriff also, der es überhaupt erst erlaubt, den anderen zu denken und damit auch die Universalität des einen in Frage zu stellen.»⁶

Meines Erachtens steht den Differenztheoretikerinnen unbestritten das Verdienst zu, eine zentrale Problemanzeige erhoben zu haben: Feminismus ist mehr als *Gleichstellung*, wenn Gleichstellung denn bedeutet, Frauen zu den herkömmlich männlichen Bedingungen in traditionell männliche Domänen einzugliedern und sonst alles beim Alten zu lassen. Vertreterinnen der Differenztheorie machen auf die Zukunftsunfähigkeit solcher «Gleichstellung» aufmerksam: Die Analyse, dass Männern und Frauen komplementäre Welten zugewiesen werden, wobei der als «weiblich» geltende Bereich gegenüber dem männlichen abgewertet und entmachtet wird, muss mehr und andere Konsequenzen haben, als die blossе Zugangsberechtigung für Frauen zur Männersphäre. Mit einem alten feministischen Slogan gesprochen: «Wir wollen kein grösseres Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei.»

«Das Private ist das Politische»

Dort, wo die Differenztheorie auf diese Weise kritische Negation des visionslos Realpolitischen bleibt, erscheint sie mir am weitsichtigsten. Verkürzt oder schwammig wird sie dort, wo sie versucht, dieses «Andere» zur Realpolitik positiv zu fassen.

Die starke Seite der Differenztheorie finde ich in Andrea Günters und Ina Prätorius' Absicht, die Arbeitsteilung zwischen dem (weiblich konnotierten) *Privaten* und dem (männlich besetzten) *Öffentlichen* so nicht hinzunehmen. Ich stimme zu, dass «Sinnstiftung» – ebenso wie der Bereich von Ethik und Moral – delegiert ist an Frauen, Priester, Ethik-Expertinnen und alle, auf die es sonst noch nicht ankommt, so dass der «realistische, ernsthafte» Bereich seine «notwendige Härte» bzw. das, was als solche legitimiert wird, untangiert von Irritationen wie Sinnfragen oder Bedenken nach seinen rein instrumentellen Gesetzen vollstrecken kann. Die herrschende Konstruktion der Geschlechterbereiche funktioniert in Bezug auf Sinnstiftung als Entmoralisierung des Politischen und Entpolitisierung des Moralischen. Die Problematik ist, dass

die Bereiche komplementär angeordnet sind.

Diese *Komplementarität* aber wird von Ina Prätorius und Andrea Günter nicht angetastet, ihre Bewertung wird nur *umgedreht*: «Es bedeutet aber, den Blick auf die Wirklichkeit nicht ausschliesslich von einer um Mehrheiten streitenden offiziellen Politik bestimmen zu lassen, sondern der liebevollen Auseinandersetzung mit der Art, wie einzelne Frauen ihrem Leben und ihrer Arbeit Bedeutung und Sinn geben, den Vorrang einzuräumen.»⁷ So lautet eine der beibehaltenen Gegenüberstellungen mit umgekehrten Vorzeichen. Auch das Stück Kuchen von der gegenteiligen Torte, egal wie gross oder wertvoll es wäre, ist nicht die Bäckerei und bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

«Das Private ist das Politische» – dieser feministische Grund-Satz richtete und richtet sich gegen die *Ausklammerung der Geschlechterverhältnisse* aus der öffentlichen Verantwortung und Wahrnehmung; häusliche Männergewalt ist nur ein besonders einleuchtendes Exempel für Ausklammerung und öffentliche Verantwortungslosigkeit, nicht das einzige. Beispiel *Mutterschaftsversicherung*: Ein im europäischen Vergleich erbärmliches Gesetz wurde abgelehnt. Seine Annahme wäre ein Signal in die richtige Richtung gewesen, aber noch lange nicht die Verwirklichung der schlicht gerechten Forderung, Frauen nicht strukturell fürs Kindergebären wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch zu bestrafen, indem etwas so Natürliches wie eine Geburt in der an Männerbiographien ausgerichteten Arbeitskonzeption eine grosse Krise ist, deren Bewältigung einseitig den Müttern aufgebürdet wird. Ina Prätorius, nach eigener Aussage «erstaunlich wenig berührt»⁸ von der Ablehnung der Mutterschaftsversicherung, fragt sich hingegen: «Konnte sich in der Weigerung, dem Massstab Geld – und seiner abstrus ungerechten Anwendung – Zugang auch noch zu denjenigen Bereichen zu gewähren, in denen es erwiesenermassen freundlichere Massstäbe gibt, eine zukunftsweisende Einstellung zur Wirklichkeit ausdrücken?»⁹

«Lazarett für die heimkehrenden Helden»

Diese Frage möchte ich auf mehreren Ebenen beantworten: Ohne Zweifel werden im privaten Bereich utopische Werte gelebt, z.B. *Fürsorglichkeit* statt Tauschwertorientierung und Konkurrenz. Ohne Zweifel stützt die Zuordnung des privaten zum öffentlichen Bereich als «Lazarett für die heimkehrenden Helden» aber die rücksichtslose Härte und Gewalt im öffentlichen Leben. In der feministischen Friedenspolitik ist uns seit langem das problematische Konzept der «friedfertigen Frau» bekannt, welches (militärische und andere) Gewalt biologisiert, die Funktion von Frauen als «Gegenstück» für militarisierte männliche Identitäten sowie als Schutz- und Eroberungsobjekt unberührt lässt und vor allem verschleiert, wie gesellschaftliche Strukturen Männergewalt tolerieren und herstellen.

Wenn Ina Prätorius lieber dem unfreundlichen Massstab Geld keinen Zugang gewährt zu «denjenigen Bereichen (...), in denen es erwiesenermassen freundlichere Massstäbe gibt»¹⁰, klingt das, als wolle sie den unberührt unschuldigen privaten Bereich vor dem Schmutz der feindlichen Welt draussen schützen im bürgerlichen Gestus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, statt die komplementäre Funktionsweise dieser freundlicheren Welt zur unfreundlichen zu problematisieren. Die *Delegation von Sinnstiftung* an die weibliche Hälfte der Welt wird damit nicht verändert, sondern *zementiert*. Diese Gegenüberstellung wiederholt patriarchale Dualismen wie die von Politik und Privatem, Geld versus Sinn, Gerechtigkeit gegen Glück – sie ist in diesem Sinne nicht einmal *neokonservativ*.

Wer kann es sich leisten, auf Geld zu verzichten?

Ein Zweites: Einige Differenztheoretikerinnen tun sich schwer, *Differenzen zwischen Frauen* so ernst zu nehmen wie die Geschlechterdifferenz. Wenn Ina Prätorius

von der «Tatsache, dass die Hälfte der Menschheit sich kürzlich Zugang zum öffentlichen Wirken und Sprechen erstritten hat», berichtet, fragt es sich, *welche* Frauen sich seit kurzem am öffentlichen Diskurs beteiligen können. Das vorausgesetzte «Wir» ist doch feministischerseits in langen und schmerzhaften Debatten als weiss, westlich, mittelständisch, gebildet, nicht-behindert, heterosexuell, christlich, kurz: als dominant entlarvt worden. Wenn also Andrea Günter schreibt: «Statt immer nur zu fordern, dass das Geld gerecht verteilt werden soll und damit die Wichtigkeit des Geldes zu bestätigen, könnten wir öffentlich sagen, dass das Geld gar nicht wirklich unsere «Existenzgrundlage» ist»¹¹, frage ich mich, wer da so wenig auf Geld angewiesen ist.

Endgültig wütend werde ich bei Ina Prätorius' Suggestivfrage: «Ist es tatsächlich ein Beweis für die Ungebrochenheit des Patriarchats und den Sieg des Marktes, wenn Frauen keinen Sinn darin sehen, ihr zivilisatorisches Werk mit den kläglichen Brosamen «honorieren» zu lassen, die rechnende Hungerkünstler einem sinn- und zukunftsvergessenen Markt abgetrotzt haben (...)»?»¹² Weit entfernt von «Honorierung» oder auch nur Kompensation hätte der Ertrag der Mutterschaftsversicherung gerade alleinerziehenden Müttern einen Beitrag zur *prekären Existenzsicherung* geleistet. Diese Frauen waren es nicht, die die Mutterschaftsversicherung nicht utopisch genug für ihr feministisches Verständnis gefunden und abgelehnt hätten. Es waren z.B. Frauen und Männer, wie ich sie beim Abstimmungsstand in Sachen Mutterschaftsversicherung, Zürcher Frauenzentrum und Asylgesetzrevision erlebt habe und von denen mir UnterschriftensammlerInnen erzählten: Sie sahen nicht ein, warum die jungen Frauen eine Unterstützung haben sollten, die ihnen selbst versagt worden war, als sie Kinder bekamen; ja, der Satz: «Warum sollen die es besser haben als wir?» ist oft gefallen. Genau so oft haben wir gehört, dass ja doch nur die kinderreichen Ausländerinnen das Geld wegtragen würden.

Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung perpetuiert also die *Ungerechtigkeit*, die den Grossmüttern und Müttern widerfahren ist, zu ihren Töchtern und Enkelinnen. Ebenso verlängert sie das Unrecht auf jene Ausländerinnen, deren Kinder unsere AHV zahlen werden.

Die Mutterschaftsversicherung hätte nicht gelingende Beziehungen garantiert, aber ihnen ein paar Hindernisse aus dem Weg geräumt!

Gerechtigkeit, politisch und sozial, kann, wenn sie hergestellt wird, den *Rahmen* bilden, in dem *Glück* stattfinden kann. Den Raum innerhalb des Rahmens, um eine theologische Denkbewegung zu verwenden, können wir schützen, dürfen ihn aber nicht betreten, um ihn inhaltlich festzulegen. Glück kann erlaubt oder erschwert werden, aber nicht gemacht. Über das Verhältnis von gelingenden Beziehungen und Sinnstiftung zur herkömmlichen Politik nachzudenken, ist weiterführend und verdienstvoll. Aber gelingende Bezie-

hungen gegen soziale Gerechtigkeit auszuspielen, ist unsolidarisch. Sollen wir wählen müssen zwischen gelingenden Beziehungen und Gerechtigkeit? Das kann's doch nicht gewesen sein.

Dorothee Wilhelm

1 Vgl. den Buchtitel der Philosophinnengruppe «Diotima»: *Der Mensch ist Zwei. Das Denken der Geschlechterdifferenz*, Wien 1989.

2 Gespräch, in: NW 1999, S. 146.

3 ebd.

4 Christina Thürmer-Rohr, *Vagabundinnen. Feministische Essays*. Berlin 1987. Darin: Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel, S. 106–121, 120.

5 Gespräch, S. 146.

6 Christina von Braun, «Frauenkrankheiten» als Spiegelbild der Geschichte, in: Farideh Akashe-Böhme (Hg.), *Von der Auffälligkeit des Leibes*. Gender Studies, Frankfurt a. M. 1995, S. 98–129, 125.

7 Ina Prätorius: Zum feministischen Politikverständnis, in: NW 1999, S. 240.

8 ebd.

9 ebd.

10 ebd.

11 Gespräch, S. 146.

12 Ina Prätorius: Zum feministischen Politikverständnis, in: NW 1999, S. 240.

Wider die Aufteilung zwischen einer Politik des äusseren Rahmens und der privaten Sinnsuche

Liebe Dorothee, Du hast etwas Richtiges bemerkt: In unserem Gespräch zum «Paradigmenwechsel» (NW 5/99) und in den daran anschliessenden Diskussionsbeiträgen (NW 6,7/8/99) haben wir bzw. habe ich an einigen Stellen den Eindruck erweckt, es gehe darum, zwischen einer Politik der Beziehungen und der herkömmlichen Politik des Ausrechnens von Ansprüchen in einem ausschliessenden Sinne zu *wählen*.¹ Darum kann es im Kern ebensowenig gehen wie um die Frage, ob Differenzdenkerinnen oder Dekonstruktivistinnen «recht haben». Es geht um die Frage, was eine menschenfreundliche und im Sinne des guten Lebens für alle wirksame Politik wäre.

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Was sich zur Zeit «Politik» nennt, darüber sind wir uns vermutlich einig, ist

durchaus erneuerungsbedürftig. Und deshalb ist es notwendig, gegen den Strich zu denken, scheinbar eindeutige Fakten neu zu interpretieren, falsche Dualismen aufzulösen, politisches Handeln ausserhalb der eingeschliffenen Raster von Parteilinien, Mehrheiten und festgezurrten Positionen zu erkennen und zu fragen, was *wirklich* den *alltäglichen Zusammenhalt* dieser Gesellschaft, soweit er noch da ist, aufrechterhält.

Dass bei dieser Wahrnehmungs- und Denkbemühung ständig die Gefahr besteht, in *Schubladen* gesteckt zu werden, die auf die eine oder andere Weise nicht passen², daran gewöhne ich mich allmählich, auch wenn die in Zeiten des Übergangs vielleicht unvermeidlichen Missverständnisse mich immer wieder traurig oder konfus machen. Ich fände es gut, wenn wir Feministinnen uns einmal grundsätzlich darüber einigen könnten, dass die andro-

zentrische Sprache oft nicht hinreicht, um auszudrücken, was wir meinen, und dass wir deshalb alle auf begrifflichen Seilentänzen und nicht gefeit sind vor Formulierungen, die frau, wenn sie will, «konservativ» oder «unsolidarisch» oder sonstwie daneben finden kann. Ich meine, eine solche Einigung würde uns und der Sache, um die es geht, gut tun.

Was wir mit unserer *These vom Paradigmenwechsel* tun, ist, in Deinem Bild gesprochen, dies: Weit davon entfernt, «die Komplementarität der Geschlechter nicht anzutasten», *haben* wir uns, jedenfalls was das Denken angeht, die ganze Bäckerei bereits *genommen* und sind jetzt dabei zu prüfen, ob die Werkzeuge, die man uns hinterlassen hat, taugen, um gutes Brot zu backen. Eine politische Theorie nun, die uns Menschen aufteilt in zwei Hälften, von denen die eine einen «Rahmen» setzt, den sie nicht betreten darf, weil darin das ganz private Glück der anderen stattfinden soll, erscheint uns etwa so unzweckmässig wie eine Apparatur, die beim Brotbacken dafür sorgen würde, dass Hefe und Mehl sich niemals berühren. Entspricht denn diese politische Theorie Deiner Erfahrung? Schreibst Du nicht selbst, dass es ein Verdienst der *dekonstruktivistischen Differenztheorie*³ ist, diese Aufteilung in ein instrumentell zu organisierendes Aussen und ein moralisches Innen zu durchkreuzen? Mir jedenfalls gelingt es nicht, mich oder andere Menschen zu zerlegen in politische Rechner und private Sinn- und Beziehungssucher. Vielmehr stelle ich fest, dass die meisten Frauen (Menschen) sinnvolle Dinge tun und in guten Beziehungen leben wollen, wo sie gehen und stehen, ausserhalb und innerhalb dieses ominösen «Rahmens».

Warum soll ich eigentlich nicht «konservativ» sein?

Ich bin es leid, mit Theorien zu arbeiten, die der Wirklichkeit nicht gerecht werden, und höre deshalb nicht mehr auf, bessere Worte zu suchen, selbst wenn andere mir dafür eigenartige Titel anhängen. Aber

warum soll ich eigentlich nicht «konservativ» sein, wenn ich die Bäckermeister, die mit solchen unsachgemässen Begriffswerkzeugen schlecht bekömmliches Brot gebacken haben, nicht mehr als Meister anerkenne? «Konservativ» heisst «bewahrend». Dass wir – zum Beispiel – «die Schöpfung bewahren» sollen, darüber sind wir uns in unseren linkschristlichen Kreisen – und weit darüber hinaus – doch eigentlich schon lange einig.

Was die Mutterschaftsversicherung angeht, so habe ich erklärt, dass ich selbst sie befürworte, dass ich aber, statt mich der *Volksverdummungstheorie* anzuschliessen, lieber nachfrage: Was hat die alleinerziehende Mutter, die weder für noch gegen die Versicherung, sondern überhaupt nicht abgestimmt hat, uns Feministinnen und den PolitikerInnen zu sagen? Welche *Erfahrungen* hat die Grossmutter gemacht, die ihrer Enkelin das Geld nicht «gönnt»? Sind es nur Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung oder vielleicht auch von einer Solidarität jenseits des Geldes? Ich weiss die Antworten auf solche Fragen nicht, denn nur andere können sie mir in konkreten Gesprächen geben. Vermutlich würden sie meine positive Einstellung zur sozialstaatlichen Absicherung der Mutterschaft nicht verändern. Aber die Fragen wie die Antworten bringen das politische Denken und Handeln weiter als die Idee, jede Frau, die aufgrund ihrer Lebenserfahrung andere Entscheidungen trifft als ich, sei deshalb dumm oder unmoralisch. Die Stimme der wirklichen, der nichtimaginierten Frauen hat das Patriarchat zum Verstummen gebracht. Warum sollten wir diese feministische Grunderkenntnis nicht ernst nehmen und einander jetzt, da wir die Möglichkeit dazu haben, öffentlich zum Sprechen bringen, über die meisten patriarchal gesetzten Abgrenzungen und Tabuzonen hinweg?

Im übrigen meine ich, dass einige der Aussagen, die mir im Gespräch über den Paradigmenwechsel besonders wichtig sind, in der Debatte überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen sind: zum Beispiel Andreas Aussage, die *Aufkündigung des*

bürgerlich-androzentrischen Ehevertrags durch die Frauen sei «das wesentliche politische Ereignis der vergangenen Jahrzehnte» (NW 5/99, S. 148).

Ich freue mich auf die Fortsetzung des Gesprächs und grüsse Dich herzlich.

Ina Praetorius

1 Ausführlicheres zum Verhältnis der Politikverständnisse in: Ulrike Wagener, Dorothee Markert, Antje Schrupp, Adrea Günter, *Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn. Flugschrift über Weibervirtschaft und den Anfang der Politik*, Rüsselsheim 1999, v.a. S. 26 ff.

Insgesamt gibt es derzeit im feministischen Denken eine Bewegung, die den Stellenwert herkömmlichen Politik-Machens von menschlichen Grundgegebenheiten her neu positioniert. Vgl. neuerdings: Martha Nussbaum, *Gerechtigkeit oder das gute Leben*, Frankfurt a.M. 1998; Hadwig Müller, *Leidenschaft. Stärke der Armen – Stärke Gottes*, Mainz 1998.

2 *Liebe zur Freiheit*, a.a.O., S. 11.

3 Es besteht ein Entscheidender, aber immer wieder ausgeblendeter Unterschied zwischen naiven Differenztheorien, die die Komplementarität der Geschlechter «nur umdrehen», und solchen, die die Dekonstruktion vermeintlicher Komplementaritäten voraussetzen und dennoch an der Relevanz der Geschlechterdifferenz festhalten.

Wo sind die Genossinnen und Genossen im Islam? (NW 9/99)

Seit Jahren gehört die Vorstellung, in Köniz nicht nur von Strassenputzmaschinen, Pressluftbohrern, Kindergeschrei und Kirchenglocken, sondern auch vom Gesang des Muezzin – und sei es eine über Megafon verbreitete Konserve – geweckt zu werden, zu meinen Wunschträumen. Wahrscheinlich werde ich die Realisierung dieser Utopie nicht mehr erleben. Umso mehr freute mich das Islamheft der Neuen Wege als Mosaiksteinchen zur Ebnung des Weges in diese Richtung.

Religiös motivierter Sozialismus im Islam

Allerdings vermisste ich in der Nummer einige auf NW-LeserInnen hin spezifizierte Themen und Hinweise zum Themenkreis «*Islam und Sozialismus*» bzw. die Beantwortung der Frage, welches die Genossinnen und Genossen der christlichen religiösen SozialistInnen im Islam sind. Ich stellte mir diese Frage schon nach der Lektüre des Berichts vom Kongress des Internationalen Bundes Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten 1997 in Espoo (vgl. NW Nr. 10/1997, S. 307f.). Muslimische GesprächspartnerInnen werden dort mit keinem Wort erwähnt. Ist es möglich, dass ausgerechnet religiöse SozialistInnen den Austausch und die Zusammenarbeit über Religionsgrenzen hinweg vernachlässigen? Oder fehlt es schlicht an PartnerInnen im muslimischen Raum? Da wüsste ich gerne mehr.

Selber kann ich zur Beantwortung dieser Frage, die vielleicht auch andere interessiert, nur den einschlägigen Abschnitt aus einem Buch referieren, das in der appetitlich kommentierten Literaturliste von Al Imfeld leider fehlt – für mich gehört es zu den Trouvaillen erster Klasse der letzten Jahre:

Andreas Meier, Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Funda-

mentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994.

Das Buch ist eine äusserst klug und informiert kommentierte Anthologie politisch einschlägiger Texte, die den des Arabischen unkundigen deutschsprachigen LeserInnen sonst absolut unzugänglich wären. Es sind Primärquellen, die einen geradezu intimen Einblick in das gegenwärtige politisch-islamische Denken, Fühlen und Handeln erlauben, von Saddam Husseins Heldenrede aus dem Jahr 1981 über Muhammad Chalids Reflexion über «Jesus, Muhammad und die Verantwortung des religiösen Gewissens» bis hin zum Wirtschaftsprogramm der islamischen Heilsfront in Algerien.

Was nun das Thema des religiös motivierten Sozialismus angeht, so wird es in diesem Buch anhand einer Streitschrift des 1910 im syrischen Homs geborenen Rechtsgelehrten *Mustafa as-Siba'i* aus dem Jahr 1959 mit dem Titel «Der islamische Sozialismus» aufs Tapet gebracht. Darin geht es dem Moslembroder keineswegs um eine Integration sozialistischer oder kommunistischer Überlegungen in den Islam. Angesichts der damaligen Propaganda der Ba'ath-Partei in Syrien und anderer sozialistischer Parteien im arabischen Raum geht es ihm vielmehr darum zu zeigen, dass der Islam selber ein viel perfekteres sozialistisches System anzubieten hat, das unter dem Propheten *Muhammad* in der Verfassung für die Stadt *Medina* ausgearbeitet wurde und seit Jahrhunderten erfolgreich praktiziert wird.

«Soziale Solidarität» als Leitbegriff

Leitbegriff der Schrift ist die «soziale Solidarität» (*at-takaful al-idschtim'i*), die auf der fünften Säule des Islam, der Sozialsteuer (*zakat*), basiert.